

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
inlandischen Verkehr 33.— einschl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 50 Pf. : Strotanto Nr. 50 bei der  
Oberamtspostkasse Rekenberg, Zweigstelle Wildbad.  
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.  
Postfachkonto Stuttgart Nr. 20174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren  
Raum M. 1.20, auswärtig M. 1.50. :; Anzei-  
zeile M. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Satz. Für Offerten u. bei Auktionsverteilung werden  
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturs-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 57

Formel 179

Wildbad, Donnerstag, den 9. März 1922

Formel 179

57. Jahrgang

## Tagespiegel.

Reichspräsident Ebert hielt in Leipzig eine beachtenswerte Rede. Er besuchte dort das Völkerschlichtendental und das Reichsgericht, wo er vom Präsidenten empfangen wurde.

Das Reichsgericht hat nach keine Entscheidung getroffen, ob es dem Wunsche Kapp auf freies Geleit stattgibt oder nicht.

Das Haus des Kronprinzen in Wieringen wurde ein Opfer der Flammen, bedeutender Schaden ist dadurch entstanden.

Die Konferenz von Genua wird in dem alten Piemonteser Königspalast abgehalten werden.

Der Justizminister Barthou hat dem Präsidenten Millerand einen Geschenkwurf vorgelegt, wonach in Elsaß und Lothringen französische Zivilgesetzgebung eingeführt wird.

## Rathenau über Genua.

Berlin, 8. März. In seinen Darlegungen im Hauptauschuß führte Minister Rathenau aus:

Er habe nie erwartet, es könne einem, aus 40, nicht durchweg im Friedensvertrage beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Konferenz von Genua darstelle, das Reparationsproblem und der Versailler Vertrag zur Verhandlung unterbreitet werden. Dafür sei Genua niemals der Ort gewesen, wohl aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Ursachen der Weltverfrachtung erörtert werden. Praktisch werde Genua vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein, die voraussichtlich dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden.

Was die Entwicklung des Reparationsproblems selbst betreffe, so werde das hierfür zuständige Gremium voraussichtlich die Reparationskommission bleiben. Zunächst könne es sich nur um provisorische Lösungen handeln, denn auf der einen Seite sei ein gewaltiges Geldbedürfnis seitens der empfangsberechtigten Staaten vorhanden, auf der anderen Seite sei die Zahlungskraft Deutschlands bejourners in Darmitteln außerordentlich begrenzt. Schon die Defizitanzahlung von 31 Millionen Mark, die für die ersten Monate dieses Jahres uns auferlegt seien, habe bereits den Wechselkurs in harter Maße zu Ungunsten Deutschlands beeinflusst. Man dürfe sagen, daß die deutsche Leistungsfähigkeit in Barzahlung direkt ihr Maß finde in der Bewertung des Dollars an der Berliner Börse. Einmal jedoch müsse auch anstatt der provisorischen Regelung die endgültige eintreten. Zunächst müsse sich aber der große Kreis der wechselseitigen Verschuldung in Europa lockern. Das Reparationsproblem sei nur ein Teilproblem innerhalb des allgemeinen Weltverschuldungsstreifes. Die Weltverschuldung umfasse Europa und Amerika gemeinschaftlich.

Ob Genua zu einem Markstein in der allgemeinen Entwicklung des Weltfriedens werde, sei davon abhängig, wie sich Amerika zu Genua verhalte. Americas Macht sei durch den Krieg gewaltiger gewachsen als die irgend eines anderen Landes. Durch seinen Eintritt in den Krieg habe Amerika den Weltkrieg einseitig den, durch sein Eintreten in den Frieden habe Amerika den Frieden entschieden und durch seinen Eintritt in die Weltprobleme der Verschuldung und der Sanierung werde Amerika in der Lage sein, die Weltentwicklung in wirtschaftlicher und friedenbringender Richtung zu entscheiden. Es besche in Amerika eine Abneigung, sich mit den verwickelten Verhältnissen Europas zu befassen, aber in Amerika seien neben starken idealen Kräften auch entschieden materielle Interessen am Werk. Es sei irrig, daß die amerikanische Ausgabe nur vier oder sieben v. H. der amerikanischen Produktion betrage, wie man draußen öfter hören konnte. Der Anteil sei erheblich höher.

Der Minister erklärte zum Schluß, er glaube, daß in Genua der Boden für die Erörterung wirtschaftlicher Grundfragen vorbereitet sei. Wenn wir auch noch immer weit vom wirklichen Frieden entfernt lebten, so wäre doch die Hoffnung vorhanden, daß der wirkliche Frieden der Welt herannahe.

Die Aussprache ließ zunächst den Abg. Dr. Höplich (D.nat.) zu Wort kommen. Er hob hervor, daß das Programm, das Minister Rathenau für die Konferenz

in Genua entwickelt hat, zu unklar und unbestimmt gewesen sei. Er stellte die Forderung auf, daß man in Genua nicht den Franzosen Waffen in die Hand geben dürfe und nichts versprechen solle, von dessen Unerfüllbarkeit man überzeugt sei.

Abg. von Rheinbaben (D. Volksp.) erklärte, seine politischen Freunde hätten bezüglich der Konferenz von Genua auf dem Standpunkt des Ministers Rathenau gestanden. Mit Befremden habe er gesehen, daß in den letzten Wochen von gewisser und gerade der Regierung nahe stehender Seite mit der Konferenz von Genua geradezu Popanz getrieben werde. Es sehe der Konferenz feindsich und kühl abwartend gegenüber. Er vermisse, wie der Vordränger, in den Ausführungen des Ministers ein Eingehen auf unser Verhältnis zu Sowjet-Rußland. Die aktive Politik nötig.

Abg. Dauch (D. Volksp.) meinte, die Regierung habe stets die wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes überschätzt.

Abg. Dr. Haas (Demokrat) erklärte, seine Partei habe den Wert des Wiesbadener Abkommens von vornherein darin erblickt, daß es dazu beigetragen habe, die Atmosphäre zu verbessern und die Welt mehr und mehr zu der Erkenntnis zu bringen, daß man mit den Methoden von Versailles und London nicht weiter komme. Bei der Erfüllungspolitik sei es politisch durchaus wichtig, den guten Willen zu zeigen und die Welt davon zu überzeugen, daß der Versuch sich als unmöglich erweisen müsse. Nachdem diese Politik einmal eingeleitet worden sei, habe es keinen Zweck zu versuchen, von dieser Politik wegzukommen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) sprach die Hoffnung aus, daß Genua uns weiter bringe.

Reichsaußenminister Dr. Rathenau führte aus, in der internationalen Diskussion habe jetzt eine große Bedeutung gewonnen nicht mehr die Frage: Was kann erfüllt werden, sondern: Was darf erfüllt werden. Auf ein bestimmtes Programm für Genua sich festzulegen, sei nicht möglich. Das neue Abkommen in der Reparationsfrage gehe von der gebundenen Leistung zum freien Verkehr über. Die Gefahr einer Reparations-Gewinnlertums bestände nur, wenn, wie im Kriege, das Reich als Besteller auftreten würde. Der Preis werde sich lediglich nach Angebot und Nachfrage regeln. Von den Aufbaufonzern in London, der sich nicht nur auf Rußland beschränke, sondern ein Aufbaufonzern für Zentral- und Osteuropa sei, uns anzuschließen, würde der Minister für falsch halten. Deutschland tenne und verstehe die russische Sache gut, und es lenne die russischen Interessen gut und achte sie. Mit diesem Konsortium sei nicht mehr im Entferntesten der Gedanke einer Kolonisation verknüpft. Es wäre ein verfehltes Unternehmen, ein Syndikat zur Kolonisierung Rußlands gründen zu wollen. Hier handle es sich nur um eine Operation, um Osteuropa zu Hilfe zu kommen. Deutschland werde niemals ver- gessen, Rußlands Gegenwart und Zukunft in Rechnung zu ziehen. Auch mit intellektuellen Kräften werde Rußland geholfen werden. Was die Organisation des Auswärtigen Amtes angehe, so sei vor allem zu berücksichtigen, daß die Arbeit des Amtes doch von riesengroßer Verantwortung sei und daß man deshalb sich bei Abtrüben am Personal nicht von unverhältnismäßig feinsinnigen Spar- samsratsrücksichten leiten lassen dürfe. Weiter betonte der Minister, daß ihm die Förderung der diplomatischen Jugend sehr am Herzen liege.

Abg. Dr. Raas-Trier (Zentr.) bemerkte, die Politik, wie sie in den Grundgedanken vom Herrn Außenminister entwickelt worden sei, werde vom Zentrum gebilligt und für richtig gehalten.

Abg. von Rheinbaben (D. Volksp.) erklärte sich durch die Ausführungen des Ministers zu der Frage des internationalen Konsortiums für befriedigt. Der Redner stellte nochmals fest, daß seine Parteifreunde mit oder ohne internationales Konsortium auf jeden Fall eine direkte und aktive Politik mit Rußland wünschten.

## Randbemerkungen zur Rede Rathenaus.

ob. Rathenaus Rede im Hauptauschuß des Reichstags, die wir obenstehend ausführlich bringen, ist insofern charakteristisch und interessant, als der Außenminister von Amerika das Geß erwartet. Allzu fest begründet scheint aber seine Hoffnung nicht zu sein, denn er macht sofort Einschränkungen, die eine deutsche Sprache reden. Die ganze Rede erscheint improvisiert, wie es

Rathenaus Art ist zu sprechen. Der gewandte Sprecher offenbart sich darin ebenso sehr als der gelehrte Diplomat und Weltmann. Der frühere Generaldirektor der A. G. hat in seinem Leben viel gesehen und gut gesehen, das müssen auch seine Gegner anerkennen. Und er hat alles Erlebte und Erlebte auch zu nutzen verstanden, wie seine glänzende Laufbahn zur Genüge beweist. Auf ihm liegt heute schwere Verantwortung, zu ihm blickt das deutsche Volk in langer Erwartung auf. Ob er das ihm entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen wird, kann heute niemand vorzusagen noch vorausahnen. Doch ist wohl anzunehmen, daß Rathenau in Genua alles an bieten wird, um für Deutschland zum mindesten Zahlungsausschub zu erlangen, vielleicht noch mehr. Aber da kommen schon heute die Reichsparteien mit ihrer skeptischen Kritik und wollen dem Außenminister sein Amt erschweren. Das darf nicht sein, Objektivität wahren ist die einzig mögliche Basis heute, politisch und volkswirtschaftlich. Ein kühnerer Mann steht an der Spitze des Auswärtigen Amtes, der das Vertrauen des deutschen Volkes unbedingt braucht, um das zu erreichen, was er sich zum Ziele gestellt hat. Darum fort mit der kritischen Feder, warten wir bis zur Genuaer Konferenz, dort wird sich zeigen, ob der rechte Mann entsandt wurde oder nicht.

Genua wirft seine Schatten voraus. Das hat auch England spüren müssen in der Lloyd George-Reise der letzten Tage. Es konnte diesen Mann nicht gehen lassen, der der gegebene Vertreter Englands in Genua ist. Frankreichs Sorge war groß, man fürchtete durch einen Kabinetswechsel jenseits des Kanals, das müßig Errungene zu verlieren. So gehen denn die beiden Verbündeten gemeinsam nach Genua, und Herr Raymond Poincaré, gewesener Präsident und jetziger Leiter der französischen Außenpolitik, wird der leitende Geist sein, das ist voraussetzen.

Am noch einmal kurz auf die Äußerungen Rathenaus einzugehen, so ist vor allen Dingen bemerkenswert, daß er meint, „Genua werde praktisch vermutlich das erste Glied einer Kette von Konferenzen sein, die voraussichtlich dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden“. Er geht also mit dem Bewußtsein nach Genua, erst am Anfang der für Deutschland so wichtigen Verhandlungen zu stehen. Wie müssen die hier Anwesenden nach Lage der Dinge beipflichten, wollen aber hoffen, daß Genua einen Markstein bilden werde in den — Einigungsverhandlungen u. die auf dem Programm stehen. Es werden viele leere Worte fallen, das ist gewiß, aber Einsicht möge die Männer regieren, die als ihre Väter bestanden, damit endlich einmal das Wort vom „europäischen Gleichgewicht“ wieder zu Ehren kommt, das, solange Deutschland und Österreich geknechtet am Boden liegen, nur Spott und Hohn bedeuten kann. Glück auf denn zur Fahrt ins italische Land! — —

## Eine Rede des Reichspräsidenten auf der Leipziger Messe.

Leipzig, 8. März. Bei dem Festessen, das gestern abend im großen Saal des Zentraltheaters von der Zentralstelle der Interessenten der Leipziger Wollmessen zu Ehren des Reichspräsidenten, der Reichsleitung, der Vertreter der Einzelstaaten und der übrigen Gäste veranstaltet wurde, hielt Reichspräsident Ebert in Erwiderung auf eine Begrüßungsansprache eine Rede, in der er zunächst auf die Bedeutung und die ungeahnte Entwicklung der Leipziger Messe hinwies, die ein Spiegelbild unserer schaffenden Arbeit, ein Gradmesser für den Stand unserer wirtschaftlichen Produktion sei. Der Reichspräsident betonte dann die Notwendigkeit verstärkter Ausfuhr, denn Deutschland, das für den Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln auf das Ausland angewiesen sei, könne wirtschaftlich nur dann gesund, wenn es ihm gelinge, durch die Ausfuhr von Industrieprodukten sich wieder Guthaben im Ausland zu verschaffen. Die Tatsache, daß in den letzten zwei Monaten der Wert unserer Ausfuhr den unserer Einfuhr überstiegen habe, dürfe uns noch nicht zu übertriebenem Optimismus Anlaß geben, denn diese Aktivität unserer Handelsbilanz beruhe nicht auf gesunden und natürlichen Vorgängen, sondern in der Hauptsache auf dem Rückgang der in den letzten Monaten stark eingeschränkten Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. Mit Besriedigung stelle dann der Reichspräsident fest, daß durch die Abfassung aller Kräfte unter wirtschaftlichen nicht unbedeutende



Fortschritte zeige und wies dabei auf die vermehrte Steinkohlenförderung im vergangenen Jahre, die erhöhte Eisen- und Stahlproduktion hin und stellte fest, daß sich unser Verkehrswesen gleichfalls günstig weiter entwickelt. Aber alle gefunden Kräfte, die in unserem Volke leben und die an sich geeignet seien, uns der Gesundheit zuzuführen, könnten sich nicht frei entfalten. Sie würden wiedergehalten durch die schweren Lasten, die dem geschwächten und verkrüppelten deutschen Wirtschaftskörper durch die Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrags auferlegt seien. Die Reichsregierung habe dem Obersten Rat der Siegerstaaten offen erklärt, daß Deutschland bei bestem Willen und ernstlicher Bemühung Ermäßigung der uns in London auferlegten Zahlungen beanspruchen müsse und habe alle Gründe für unser Unvermögen unumwunden mitgeteilt. Von der Erkenntnis ihrer Nichtigkeit im Ausland werde es abhängen, ob der Krieg auf dem Gebiete der Wirtschaft zum Unheil für ganz Europa fortgesetzt werden solle. Der Reichspräsident sprach weiter die Erwartung aus, daß die Schwierigkeiten im Wege einer internationalen Verständigung beseitigt und die große Frage, der Welt den wahren Frieden zu geben, gelöst werde, wofür die Konferenz in Genua vorbereitende Schritte tun möge, an der mitzuarbeitenden Deutschland aufrichtig bereit sei.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold sprach im Namen seiner Kollegen aus den Ländern. Er sagte, Bayern finde im deutschen Lande eine verschiedene Beurteilung, die zwischen dem Begriff eines Erzstiftes und eines Steins des Anstoßes liege. Es werde aber das Bestreben Bayerns sein, immer nur als Erzstift im Deutschen Reiche zu stehen. Die Gewerbeschau, die Bayern demnächst veranstalten wolle, bitte er nicht als Wettbewerb für Leipzig aufzufassen.

## Die Bewertung der deutschen Geld- und Sachleistungen.

Paris, 8. März. Die Reparationskommission veröffentlicht ein amtliches Communiqué, durch das sie die bis 31. Dezember 1921 von Deutschland erfolgten Leistungen benennt. Die Liste lautet wie folgt:

I. Zahlung in Gold und ausländischen Devisen. a) direkt von Deutschland bis 31. Dezember 1921 geleistete Zahlungen 1 041 419 000 Goldmark, b) Einnahmen aus anderen Quellen, die für Rechnung Deutschlands erfolgten, 1. Zahlung Dänemarks für die Abtretung eines Teils Schleswig-Holsteins 65 Millionen Goldmark, 2. Verkauf der zerstörten Kriegsmaterialien 40 960 000 Goldmark, 3. Verschiedenes 657 000 Goldmark; c) Einnahmen aus Abgaben von eingeführten deutschen Waren in England (Recover act) 36 196 000 Goldmark, insgesamt 1 184 171 000 Goldmark.

II. Sachleistungen (Schätzungsweise). a) an die alliierten und assoziierten Mächte 2 760 250 000 Goldmark; b) Verkauf an Luxemburg, an die Textilallianz der Vereinigten Staaten usw. 39 092 000 Goldmark, insgesamt 2 799 342 000 Goldmark. Unter I und II sind also insgesamt eingegangen 3 983 514 000 Goldmark.

III. (Schätzungsweise). An abgetretenen Gebieten und abgenommenen Staatsvermögen nach den gegenwärtigen Schätzungen unter Ausschluß der schleswig-holsteinischen Güter, die unter I b 1. bereits verrechnet sind, 2 504 342 000 Goldmark, insgesamt 6 487 856 000 Goldmark.

In dieser Aufstellung sind nicht enthalten die von Deutschland restituierten Gegenden, für die es keinen Anspruch auf Güter besitzt, ferner die von Deutschland direkt an die Besatzungsarmeen geleisteten Zahlungen in Papiermark, Sachlieferungen und Dienste, sowie schließlich die von Deutschland für die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, die ihm nach dem Wortlaut des Friedensvertrags zur Last fallen, der Gesamtbetrag in Höhe von 8 1/2 Milliarden Goldmark kann für folgende Posten Verwendung finden: 1. Vorschüsse zur Erleichterung von Kohlenlieferungen auf Grund des Abkommens von Spa in Höhe von 390 Millionen Goldmark; 2. Besatzungskosten bis 1. Mai 1921, soweit sie durch die Zahlungen in Papiermark und die oben erwähnten Leistungen nicht gedeckt sind; 3. Reparationen.

## Ein Maienglück.

Originalroman von C. Wildenburg.

12. (Nachdruck verboten.) Die Direktrice antwortete höhnlich: „Aber sie trägt ja doch auch eine Krone, ich hab's in ihren Papieren gesehen, da wird er über andere Sachen schon ein Auge zudrücken.“

Das gab den Ausschlag. In Wilma stiegen heiße Tränen der Empörung ob dieser ungerechten Anschuldigung auf.

In der Mittagspause kostete sie den Entschluß, gleich zu der Grostante nach Kloster Chorin zu fahren und diese um ein kleines Darlehen zu bitten, mit dem sie vielleicht in der Lage sein würde, ein bescheidenes Geschäft anzufangen, in dem sie ihre Leidenschaft für die Fabrikation und Nachbildung von Blumen bekämpfen könnte. Vielleicht ließen sich da auch noch einige passende Nebenzweige mit aufnehmen. Man sagte ja, daß das Kunstgewerbe einen ganz leidlichen Verdienst abwürfe. Auf diese Weise würde sich vielleicht doch ein Ausweg aus ihrer entsetzlichen Lage finden lassen!

### III.

Dem Auge mit seinem herrlichen Park eine angenehme Erholung bietend, so lag das Korndorf in der Vorstadt bei Kloster Chorin.

Unweit davon erhoben sich Fabrikhörschneide- und Geschäftshäuser. „Wie eine Dase in der Wüste,“ pflegte der Direktor, ein wegen Krankheit entlassener Kapitän zu sagen, der lange Jahre einen Vergnügungsdampfer von Stettin nach Ahlbeck geführt hatte. Er war unverheiratet und die zahlreichen alten Jungfern liebten ihn mit ihm. Wenn er sich aber ärgern wollte, brauchte er sie nur als „Jungfer“ anzureden.

Daß er sie ohne weiteres so nennen durfte, war auf der großen schwarzen Tafel unten am Eingang zu erschauen, wo die Namen aller Stiftsinsassen nach guter alter Sitte mit diesem Titel angeschrieben standen.

Das offizielle Communiqué bemerkt ferner, daß die vorläufige Abschätzung der Zahlungen und Leistungen bis 1. Mai 1921 die seitherzeit eingetragene Ziffer von etwa 7 1/2 Milliarden ergab, die obenstehende Abschätzung für das Jahr 1921 demnach um ungefähr 1 Milliarde übersteigt. Dieser Widerspruch erklärte sich dadurch, daß die vorläufige Abschätzung der Leistungen am 1. Mai 1921 folgende Posten umfaßt habe, die in der anderen Abschätzung nicht enthalten waren: Zahlung Deutschlands für seine Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen, direkte Leistungen Deutschlands an die Besatzungsarmeen durch Zahlung in Papiermark, Warenlieferungen und Dienstleistungen, schließlich die Kosten der verschiedenen Kommissionen, die zu Lasten Deutschlands gehen. Dagegen umfasse die Abschätzung bis Ende des Jahres 1921 folgende Posten, die in der vorläufigen Abschätzung der Leistungen bis 1. Mai nicht enthalten waren: Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, soweit dessen Wert nicht durch Warenlieferungen eingelöst wurde und Zahlungen und Lieferungen in Natura zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 1921 in Höhe von ungefähr 1 400 000 000 Goldmark.

## Neues vom Tage.

### Das Saargebiet.

Vasel, 8. März. Im englischen Unterhaus erklärte, in Beantwortung einer Anfrage, der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, daß die gegen die Verwaltung des Saargebietes erhobenen Anschuldigungen jeder Grundlage entbehren.

### Vor der Konferenz von Genua.

Mailand, 8. März. In Genua drangen am Montag etwa 150 Faschisten in die Redaktion des reformsozialistischen „Lavoro“ ein und richteten dort große Verwüstungen an. Ein gleicher Angriff auf den „Avanti“ konnte durch die Polizei abgelenkt werden. Die Kundgebung der Faschisten erfolgte als Protest dagegen, daß diese beiden Blätter die Vorgänge von Genua scharf verurteilt hätten. Die Vertreter der Gewerkschaftsverbände in Genua ordneten wegen des Vorgehens der Faschisten einen 24stündigen Proteststreik an, an dem sich auch die städtischen Angestellten beteiligten.

Vasel, 8. März. Vor der Konferenz von Genua soll eine Zusammenkunft zwischen den Ministerpräsidenten von England, Frankreich und Italien stattfinden, die wahrscheinlich in Paris zusammentreffen werden.

Vasel, 8. März. Die italienische Regierung hat an alle für die Konferenz von Genua in Betracht kommenden Staaten die offizielle Einladung zur Teilnahme an der am 10. April beginnenden Konferenz versandt. Die amerikanische Regierung hat ihre Antwort für die Einladung, an der Konferenz von Genua teilzunehmen, fertig gestellt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ soll der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission, Poyden, als inoffizieller Beobachter Amerikas bei der Konferenz anwesend sein.

### Die Konferenz der alliierten Finanzminister.

Vasel, 8. März. Die Beratungen der alliierten Finanzminister dürften wohl in der Hauptsache ein theoretisches Resultat zeitigen. Der Ansicht gibt indirekt auch der „Temps“ Ausdruck, indem er schreibt: Bevor man Deutschland riesige Rechnungen vorlegte, hätte man es zuerst in Stand setzen sollen, zu bezahlen. Das allererste hätte eine internationale Anleihe sein sollen, die der deutschen Wirtschaft wieder auf die Beine geholfen hätte. Aber wer ergreift ohne die Amerikaner die Initiative, die internationalen Schulden zu erlassen?

### Die alliierten Schulden an Amerika.

Vasel, 8. März. Nach einer Washingtoner Meldung hat die amerikanische Regierung es abgelehnt, sich durch die Kommission für die Konsolidierung der ausländischen Schulden an der Konferenz von Genua vertreten zu lassen. Präsident Harding scheint also eine klare Stellungnahme in der Frage der alliierten Schulden möglichst hinauszuschieben zu wollen.

Er war ihrer Bitte immer noch nicht nachgekommen, das Wort „Jungfer“ in das moderne „Fräulein“, umzuwandeln.

„Aber meine Damen, das urdeutsche Wort „Jungfer“ ist doch tausendmal schöner als „Fräulein“, pflegte er zu sagen, um sie erst recht damit zu necken. Ja, er war eben ein Querkopf, diese alte Teerjade.“

Jungfer Eulalia von Leshdorf, die hochgeborene Baroness und Grostante Wilmas, war ein über ältesten Bewohnerinnen des Stifts, das ihr hätte ein Ruhehaas sein sollen. Leider stand aber ihr Benehmen dazu meist in schärfstem Widerspruch, denn sie war die zänklichsten und verbittertesten eins. Sie hielt sich, da sie von altem Adel war, von den bürgerlichen Mitbewohnerinnen zurück und war auch ihrer bösen Zunge wegen sehr gefürchtet.

Heute hatte die Jungfer Eulalia einen besonders bösen Tag, und als die andern in die Stiftskirche gingen und sie zum Mitgehen aufforderten, rief sie ihnen ein bitterböses: „Lassen Sie mich in Ruhe!“ zu.

Ihr Reizen hatte sie wieder genützt, und sie wirtschaftete mit viel unnötigem Geräusch in ihren Räumen herum, ihre Verstimmung an allen Gegenständen auslassend, die ihr gerade in den Weg kamen.

Die verbitterte Alte sah nichts von dem herrlichen buntenden Frühling, von dem Knospen und Blüten, das draußen aufkeimte.

Der vordere Teil des Parkes war neu angelegt und nach der Straße zu mit einem hohen eisernen Gitter abgeschlossen. Er zeigte junge Anlagen, während derjenige Teil, der sich hinter dem Stiftsgebäude befand, aus wundervollen Laubengängen bestand, in die sich die leuchtenden Trauben des Fieders und des Goldregens rankten. Pyrrhus und Jasmin hobten sich in frischesten Tönen aus dem zarten Grün der Blätter so herrlich, wie keines Malers Pinsel sie wiedergeben konnte. Die verschlungenen, tief überwachsenen Pfade verloren sich nach den Wegen zu, die in den unweil gelegenen Wald führten

### Die Tage in Fiume.

Mailand, 8. März. Außenminister Schanzer ließ der Stadt Fiume mitteilen, daß sie erst dann die zu ihrem Wiederaufbau benötigten Kredite erhalte, wenn sie die für die Bildung einer gesegneten Regierung notwendigen Garantien gegeben habe. Die Delegierten der verschiedenen Parteien in Fiume haben sich nun gestern dahin geeinigt, einen dem Parteipflicht fernstehenden Regenten zu wählen, der aller Voraussicht nach ein Italiener sein wird.

### Balfour für Lloyd George.

London, 8. März. Sir Arthur Balfour hat am Dienstag die Aufrechterhaltung der Koalition empfohlen. Er verlangte von seinen Freunden der konservativen Partei, daß sie der Regierung Lloyd George ihre weitere Unterstützung gewähren, denn die Aufgabe Lloyd Georges könne durch eine andere Regierung nicht mit mehr Erfolg durchgeführt werden. Dies ist der kurze Inhalt der mit großer Spannung erwarteten Bankette Balfours, die er gestern im Carlton-Club gehalten hat. Er erklärte, er sei fest und durchaus der Ansicht, daß es besser sei, die Interessen des Landes würden in den Händen der Koalitionsregierung gewahrt. Das System der Koalitionsregierung, die aus zwei großen Parteien gebildet werde und die schon so lange dauere, sei den Bedingungen des Kriegs kraftvoll angepaßt worden. Ohne dieses Koalitionssystem hätte der Krieg niemals geführt und noch viel weniger gewonnen werden können. Es sei vollkommen klar, daß auf Grund der gegenwärtigen Umstände versucht werde, für eine unbegrenzte Zeitdauer diese enge und freundschaftliche Zusammenarbeit, die in der Vergangenheit so glückliche Erfolge gezeitigt habe, weiter beizubehalten. Niemals sei eine solche Cooperation nötiger gewesen als jetzt. Deshalb sollte sie auch noch enger und intimer werden. Nachdem Sir Arthur Balfour im weiteren auseinandergesetzt hatte, was die Koalition in Irland fertig bekommen hatte, kam er auf die Person Lloyd Georges zu sprechen und erklärte, daß Lloyd George eine der größten Figuren der Weltgeschichte sei.

### Die gefrige Cithrede Balfours.

London, 8. März. Die gefrige Cithrede Balfours hat diejenigen enttäuscht, die eine klare Darlegung der Parteifrisis erwarteten. Die groß angelegte Rede war ausschließlich auf eine wirksame Verteidigung der Koalitionsidee. — Die Presse begrüßt vorwiegend den Entschluß Lloyd Georges, den Rücktritt nicht zu über-eilen.

### Eine Gnadenfrist für Lloyd George.

London, 8. März. Die Beilegung der englischen Regierungskrise, bzw. das vorläufige Verbleiben Lloyd Georges im Amte des Ministerpräsidenten wird in hiesigen politischen Kreisen dahin gedeutet, daß man sich über den Modus klar geworden ist, mit dem man in England auf lange Sicht hin eine Umwandlung der Regierung vor sich gehen lassen will. Die Opposition hat eingesehen, daß ein Regierungswechsel vor Genua außenpolitisch nicht zweckmäßig und innenpolitisch unzulässig ist. Sie hat aber offenbar für dieses Jugendstadium die Fusage erhandelt, daß Lloyd George bald nach der Abwicklung der Genua-Konferenz abtrete und durch ein Übergangministerium Balfour ersetzt werde, unter dem dann die Neuwahlen für das Unterhaus stattfinden sollen. Die endgültige Zusammenfassung der neuen Regierung würde von dem Ergebnis der Neuwahlen abhängen. Eine Veränderung in der englischen Politik auch Frankreich gegenüber ist daher bis zur endgültigen Neugestaltung des Kabinetts auf Grund der Neuwahlen nicht zu erwarten.

### Kabinettskrise in Bayern?

München, 8. März. Es hat allen Anschein, als ob die bürgerliche Einheitsfront trotz der glücklichen abgeschlossenen Verhandlungen mit der bayerischen Mittelpartei nicht zustande kommen sollte. In den letzten Tagen wurden namentlich die bayerischen Demofra-ten von der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ richtig angegriffen, weil sie mit den internationalen zusammen wieder in die alte bayerische Koalition gehen wollten. Außerdem machten sich Einflüsse von Berlin aus geltend, so daß die Demokraten im letzten Augenblick flüchtig wurden. Vorläufig läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen, da über die heute

Es war ein Heim, so recht zum Ausruhen geschaffen und wurde doch wie kein Anderes durch Jauch und Reud gestört.

In dem kahlen, zweistöckigen Gebäude blühten die Fenster in soldatischer Grabheit, nicht ahnen lassend, weli eine Fülle von Bitternis, vergeblicher Lebenssehnsucht und ver schmähter Liebe sich dahinter barg.

Die tiefen Runen in den alten Gesichtern der Insassen erzählten davon; auch manch ergreifender Roman stand darin geschrieben. Die, welche wirklich anruhten, waren nur in geringer Anzahl vertreten.

Das Innere des Hauses gemahnte noch an seine ursprüngliche Bestimmung. Es war vor Jahrhunderten das gastliche Heim der Pilger gewesen, die zum Kloster Chorin wallfahrteten, um Vergebung ihrer Sünden stehend oder die weissen Mönche um Rat fragend.

Die grablnigen, hart weiß gestrichelten Korridore mit den kleinen regelmäßig eingebauten, Türen, welche in die sehr kleinen Stuben führten, ließen den ursprünglichen Charakter und seine Bauart noch deutlich erkennen.

In der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts war es gewesen, und vor einem halben Menschenalter war das Gebäude renoviert worden.

Im Zimmer der Jungfer Eulalia von Leshdorf lag bereits die herrliche Frühlingssonne und malte helle Flecken auf die Decke der Dielen, als wolle sie alles vergolden und mit schimmerndem Glanz überziehen. Aber die Bewohnerin merkte immer noch nichts davon; sie sah nicht, wie die Leisten der alten Leshdorfschen Familienbilder in neuer Vergoldung au-blühen, sah auch nicht in ihrer Unzufriedenheit und Bitterkeit, wie die altmodischen Mahagonimöbel mit wundervollen Reiseren sich verzerten. Es erhöhte auch nicht die Laune Eulalias von Leshdorf, als sie ihren Lieblich, dem in einem Käfig von Goldbraut auf dem Fensterbrett stehenden Papagei ein Stück Zucker zuschob und dieser während nach ihrer Hand blickte.

(Fortsetzung folgt.)

mittag festgefundene Fraktionsstimmung noch mehr ver-  
lautet. Doch scheint der Austritt der Demokraten aus  
der Koalition bereits fester zu sein. In diesem Falle  
würde auch der Handelsminister Hamm, der der de-  
mokratischen Partei angehört, aus der Koalition aus-  
scheiden. Wir ständen dann vor einer Ministerkrise.  
Der Ministerpräsident Graf Verchenfeldt weilt gegen-  
tägig in Leipzig, er dürfte aber seine Rückkehr nunmehr  
beschleunigen. Die Entscheidung steht bei der Bayer.  
Volkspartei, die durch den Abschluß ihrer Verhand-  
lungen mit der bayerischen Mittelpartei bereits ge-  
bunden ist, da diese bekanntlich schon ihren Kandidaten  
für den Justizminister angemeldet hat. Auch der  
Bauernbund steht auf dem Standpunkt, daß die Koa-  
litionsverhandlungen tatsächlich abgeschlossen sind und  
es nicht angehe, nachträglich unter irgend welchem  
Vorwand die Verhandlungen von neuem zu beginnen.  
Die Bayerische Volkspartei, die Bayerische Mittelpar-  
tei und der Bauernbund würden zusammen über eine  
Mehrheit von 30 Stimmen verfügen, könnten also  
schließlich auf die Demokraten verzichten.

#### Französische Opposition gegen das neue Genuaprogramm.

Paris, 8. März. Gegen das von den französischen  
Sachverständigen ausgearbeitete Programm für die  
Genuaer Konferenz, das allerdings noch einmal in  
London diskutiert wird und nur die Bedeutung von  
vorkläufigen Vorschlägen habe, erhebt sich bereits die  
Opposition. Bahnbillette erklärt in der „Liberte“, man  
sehe mit großer Ueberraschung, daß die Sachverständigen  
gerade in den Hauptfragen Konzessionen machen,  
namentlich in der Frage der Restitutions des privaten  
Eigentums, indem sie vorschlagen, auf die Rücker-  
stattung des ausländischen Eigentums in Rußland zu  
verzichten und sich mit schönen Versprechungen der  
Sowjetregierung zu begnügen. Wenn man Rußland  
in Genua so entgegenkommen wolle, so hätte man  
nicht so lange darauf pochen müssen, daß Frankreich  
in der Frage der russischen Schulden intransigent  
bleibe.

#### Eindruck der englischen Ministerkrise in Frankreich.

Basel, 8. März. Während der „Temps“ sich anlässlich  
der englischen Ministerkrise den Anschein gab, als ob  
das Gehen oder Bleiben Lloyd Georges das Zustandekommen  
des französisch-italienischen Garantievertrags  
nicht berühren, geht aus den heutigen Ausführungen des  
offiziösen „Petit Parisien“ deutlich hervor, mit wel-  
cher Besorgnis man im Quai d'Orsay die Entwick-  
lung der innerpolitischen Krise in England verfolgte.  
Das Blatt, dem durch die Beilegung der Krise ein  
Stein vom Herzen gefallen ist, schreibt unter Abtönung  
eines Loblieds auf Lloyd George: Unter Lloyd George  
werden die Verhandlungen über den Garantievertrag  
ein günstiges Ende nehmen. Hätte Lloyd George de-  
missioniert, so wäre er im besten Falle vielleicht durch  
eine Regierung ersetzt worden, die wohl gute Absich-  
ten gehabt hätte, aber zu schwach gewesen wäre, den  
englisch-französischen Vertrag endgültig zu besiegeln,  
aber auch noch weniger günstige Kombinationen wä-  
ren zu fürchten gewesen, die England wenigstens für  
eine zeitlang in die Politik der Isolation geschleudert  
hätten.

#### Staatsreise des Königs von Belgien.

Basel, 8. März. Der König der Belgier ist zu  
einem mehrtägigen Aufenthalt in Luzern eingetroffen.  
Laut „Messagero“ beabsichtigt der König der Belgier,  
sich am 15. März in Begleitung der Königin  
sowie des Ministerpräsidenten des Neuhern und des  
Finanzministers nach Rom zu begeben.

#### Spanische Kabinettkrise.

Madrid, 8. März. Das spanische Kabinett Maura  
hat demissioniert, nachdem Graf Romanones den Mi-  
nisterpräsidenten davon benachrichtigt hatte, daß die  
Liberalen die ihrer Partei angehörenden Minister er-  
sucht hätten, ihre Mitarbeit in dem Kabinett einzufel-  
len. Die Ministerkrise ist also ein persönliches Werk  
des liberalen Romanones gegen den konservativen und  
reaktionären Maura. Der mittelbare Anlaß der Krise  
ist, daß die Liberalen vor einigen Tagen die For-  
derung aufgestellt hatten, daß gewisse verfassungsmä-  
ßige Rechte, die mit Rücksicht auf den Ausnahme-  
zustand vorübergehend aufgehoben worden wären, wie-  
der in Kraft gesetzt werden sollten. Der König hat Lan-  
gez Guerra, den Präsidenten der Kammer und Fä-  
her der konservativen Partei, mit der Neubildung des  
Kabinetts beauftragt. Sanchez Guerra wird heute vor-  
mittag antworten.

## Landtag.

Stuttgart, 7. März.

Der Landtag hat heute zunächst das Gesetz zur  
Aenderung des Besoldungsgesetzes für Ämterverwalter-  
beamte, das die Feuerungszulagen der Beamten der  
Gemeinden und Amtsbezirke regelt, in 2. und  
3. Lesung ohne erhebliche Debatte und ohne wesent-  
liche Aenderungen angenommen und in der Schluß-  
abstimmung dem Entwurf schließlich einstimmig seine  
Rustimmung erteilt. Der weitere Gesetzentwurf über  
die Auslegung des § 63, Abs. 3 der württ. Verfas-  
sung wurde auf Antrag des Abg. Bazille (B.P.) zu-  
nächst dem staatsrechtlichen Ausschuss überwiesen, nach-  
dem Bazille Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit  
des Verwaltungsgerichtshofs, dem der Entwurf zur  
authentischen Auslegung des genannten Paragraphen  
überwiesen werden soll, geäußert und auch der Mei-  
nung Ausdruck gegeben hatte, daß der Landtag in einer  
so wichtigen Frage die Entscheidung nicht aus der  
Hand geben sollte. Die Behandlung des Gesetzentwurfs  
zur Aenderung des Spotteltarifs und des wei-  
teren zur Aenderung des Landessteuergesetzes, deren  
erste Lesung gleichfalls auf die Tagesordnung der heu-  
tigen Sitzung gestellt worden war, wurde dem Wunsch  
verschiedener Abg. entsprechend zunächst noch in die  
Donnerstagsitzung zurückgestellt, da die beiden Ent-  
würfe erst heute dem Haus zugegangen sind und somit  
die Abgeordneten noch nicht genügend Zeit hatten,  
sich mit dem Inhalt derselben vertraut zu machen.  
Dann wurde in der Beratung der Anträge des Fi-  
nanzauschusses zur Förderung des Wohnungsbaus  
fortgefahren. Es sind dazu heute noch einige Anträge  
vom Bauernbund und der Bürgerpartei eingereicht  
worden. Die Debatte selbst trug einen scharf pole-  
mischen Charakter. Zunächst wandte sich der Abg.  
Andre (Zentr.) gegen die früheren Ausführungen des  
Abg. Wider, indem er die Haltung des Zentrums zum  
Reichsmietengesetz rechtfertigte und im Anschluß daran

und Marx Angriffe gegen die Wortführer auf der  
neulich in Stuttgart gehaltenen Hausbesitztagung, in  
der, wie Abg. Andre sich ausdrückte, Demagogen und  
Nichtswisser vielfach das Wort geführt hätten, rich-  
tete. Auch die Abgg. Schaeff (Dem.) und Emil Roth  
(Dem.) wandten sich gleichfalls gegen den Abg. Wider  
und gegen die Hausbesitztagung. Der Abg. Wider  
(B.P.) erwiderte eingehend und wieder holte gegen-  
über der Demokratie den Vorwurf des doppelten Ge-  
sichts, den er durch den Hinweis auf die Haltung der  
Deutsch-dem. Partei bei einer Reihe von Abstimmungen  
in grundsätzlichen Fragen im Reichstag und zum Teil  
auch im Landtag begründen zu können glaubte. In  
scharfer Weise polemisierte Wider dann auch noch ge-  
gen das Zentrum, sowie gegen die Deutsche Volkspar-  
tei, worauf dann noch der Abg. Hoffmann (B.P.)  
antwortete. Mit kürzeren Ausführungen des Finanz-  
ministers Dr. Schall und der Abgg. Bazille (B.P.)  
und Dr. Mühlberger (Dem.), sowie der Abgg. Hoff-  
mann und Andre konnte dann nach dem Schlußwort  
des Berichterstatters Pflüger (Soz.) die allgemeine  
Aussprache über den ersten Teil der Finanzauschuss-  
anträge betreffend die „Bauhilfen“ kurz vor 9 Uhr  
abends zum Abschluß gebracht werden. Die Abstim-  
mung wurde der vorgerückten Zeit halber in die mor-  
gige Vormittagsitzung zurückgestellt.

Stuttgart, 8. März.

In ruhiger sachlicher Beratung, ohne die allmählich  
immer mehr einreisenden Zwiesprache, behandelte  
der Landtag heute die Anträge des Finanzauschusses  
über die Bauholzabgabe, die fordern, daß der Holz-  
preis nach den bis zum 15. November angewandten  
Bestimmungen zusätzlich der eingetretene Erhöhung  
der Gewinnungskosten belassen wird, wenn nach Prü-  
fung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauenden  
nicht eine höhere Berechnung gerechtfertigt erscheint;  
ferner daß zum Zweck ausreichender Bauholzbeschaf-  
fung Staat, Gemeinden und Private zur Holzliefe-  
rung heranzuziehen sind und aus dem Ertrag der  
Staatsforsten mindestens 25 Mill. M., zur Verfügung  
gestellt werden. Ein Antrag der Unabhängigen for-  
derte die Sozialisierung der Sägewerks- und Bauholz-  
industrie. Dieser wurde vom Abg. Ainkel begrün-  
det. Abg. Dingler (B.P.) nahm einen im Ausschuss  
abgelegten Antrag Wieder-Siller wieder auf, den Be-  
zug des Bauschnittholzes durch Verträge des Staates  
mit waldbesitzenden Gemeinden, Stiftungen und Sä-  
gewerken zu sichern. Ein gemeinschaftlicher Antrag der  
Rechten, der Volkspartei und des Zentrums, den Be-  
darf an Ruhholz für das Handwerk sicherzustellen,  
wurde an den Finanzauschuss verwiesen. Ueber die  
Anträge des Finanzauschusses selbst kam es heute noch  
nicht zur Abstimmung. In der Debatte verwahrte  
sich Abg. Dingler (B.P.) gegen die Belastung des  
Gemeinde- und Privatwaldbestandes mit einer Bauholz-  
abgabe. Er sowohl, wie der nachfolgende Redner Abg.  
Hlad (Dem.) lehnten den Sozialisierungsantrag der  
Unabhängigen ab. Abg. Heumann (Soz.) verlangte  
die Heranziehung von privatem Gemeindevald. Abg.  
Möhler (Zentr.) befürwortete gleichfalls die Anträge  
des Ausschusses, bezweifelte aber, ob der darin gleich-  
falls enthaltene Versuch, Schnittholz statt Rundholz  
zu liefern, gelingen werde. Finanzminister Dr. Schall  
empfahl die Annahme der Ausschussanträge und sagte  
ihre lokale Durchführung zu. Dem Antrag der Rechten,  
wohlhabende Leute durch Erbauung eigener Woh-  
nungen zur Linderung der Wohnungsnot heranzuzie-  
hen, wurde das Staatsministerium nicht betreten, weil  
es Reichssache sei. Auch der ähnliche Antrag der So-  
zialdemokraten würde besser im Reichstag eingebracht.  
Die Regierung vertrete die Auffassung, daß das Reichs-  
mietengesetz verfassungswidrig sei und eine Zweidrittel-  
mehrheit erfordere. Nach weiteren entgegenkommen-  
den Erklärungen des Forstdirektionspräsidenten Wa-  
gner wurde die Abstimmung bei nahezu leerem Haus  
auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt. Außerdem  
große Anfragen über Feuerung sowie erste Lesung  
des Spotteltarifs- und Landessteuergesetzes.

## Württemberg.

Stuttgart, 8. März. (75. Geburtstag.) Staats-  
rat Professor Dr. Ingenieur von Bach, die Pierde-  
unserer Technischen Hochschule, an der er schon seit  
1868 als Lehrer wirkt, begeht heute seinen 75. Ge-  
burtstag.

Stuttgart, 8. März. (Dienstprüfungen für  
das höhere Lehramt.) Die erste Dienstprüfung  
für das höhere Lehramt beginnt am Donnerstag, 6. April,  
die zweite findet in der Zeit vom 3.—10. Mai statt.

Mettingen, 8. März. Im Verlaufe eines Streits  
wurde der Bäckermeister Gottlob Müller von dem  
Kantinenführer Karl Schäfer durch Messerstücke so  
schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustand in  
das Eßlinger Krankenhaus verbracht werden mußte. Auch  
der Sohn des Verletzten erhielt durch Messerstücke Ver-  
wundungen. Schäfer gibt an, in Notwehr gehandelt zu  
haben.

Kirchheim u. Teck, 8. März. Die Notwendigkeit der  
Errichtung eines Bezirkskrankenhauses wurde in der letzten  
Sitzung des Bezirksrates einstimmig zum Ausdruck gebracht.  
Der Bezirksrat beschloß, an die Stadtgemeinde mit dem  
Ersuchen heranzutreten, zur Bauplatzfrage Stellung zu  
nehmen.

Gmünd, 8. März. Das 3-jährige Söhnchen des Land-  
wirts Anton Kuhn fiel während des Spiels von einem  
Leiterwagen herab und verschied nach wenigen Mi-  
nuten.

Laichingen, 8. März. Der Gemeinderat hat in An-  
betracht des hohen Bauaufwandes — ohne Grunder-  
werbskosten 1,5 Millionen Mark — und der fortwäh-  
renden Steigerung der Arbeitslöhne und Materialpreise  
beschlossen, den geplanten Straßenbau Feldstetten-Lai-  
chingen zur Zeit nicht ausführen zu lassen.

Tailfingen, 8. März. Der Landwirt Georg Pirle,  
der sich nach Feierabend noch mit Schrotten beschäftigte,  
wurde von seiner Familie tot aufgefunden. Da bei der  
Gesundheit des Mannes ein Schlaganfall ausgeschlossen  
erscheint, nimmt man an, daß der Tod durch Veräh-  
rung mit dem elektrischen Strom eingetreten ist.

Deutlich, 8. März. (Alpenklären.) Ein einzig-  
artig schönes Alpenklären verklärte am Montag abend  
die Berge. — Bald wie eine Feuerzunge, bald wie ein

zartes Rosa Lag es auf den schneebedeckten Höhen und  
dunkelviolette Schatten lagerten an den Abgründen und  
in den Talschluchten. Nur wenige Augenblicke waren es,  
dann zogen die Schatten der Nacht aus den Tälern  
empor und verschleuchten die letzten Strahlen der unter-  
gehenden Sonne auf den Berggipfeln.

Stuttgart, 8. März. (Aufführung mutwil-  
liger Feueralarme.) Die Polizeidirektion schreibt:  
Die an lebhaften Straßencruisungen angebrachten öffent-  
lichen Feuermelder, durch die bei Ausbruch eines Brandes  
die Berufsfeuerwehr auf schnellstem Wege herbeigerufen  
werden kann, sind in den letzten Monaten häufig mutwillig  
gezogen worden. Die Alarmierung geschah gewöhnlich in  
den Nachtstunden und manchmal kurz nacheinander an  
mehreren Stellen. Durch diesen unverantwortlichen Miß-  
brauch einer dem Schutz der Allgemeinheit dienenden Ein-  
richtung wurde große Unruhe in die Bevölkerung getragen  
und teilweise auch die Gefahr einer Verzögerung des Ein-  
greifens der Feuerwehr bei tatsächlich entstandenen Brän-  
den hervorgerufen. Als Täter ist nun der 28-jährige Kauf-  
mann Paul Koch, Forststraße 37 hier, ermittelt worden.  
Er wurde beim Einschlagen eines Feuermelders an der  
Königsstraße von einem Vorübergehenden ertappt und ver-  
folgt. Als ihm bei der Flucht ein Mann entgegentrat,  
feuerete er aus einer Pistole, mit der er schon vorher seine  
Verfolger von sich abzuhaken suchte, zwei Schüsse ab,  
glücklichweise ohne zu treffen. Schließlich wurde er Cde  
der Schloß- und Kanzleistraße von einem Schutzmann fest-  
genommen. Bei den weiteren Ermittlungen ergab sich,  
daß er der Urheber der meisten im Laufe des letzten Jah-  
res vorgekommenen mutwilligen Feueralarme ist. Er  
wird sein gewissenloses Verhalten mit einer empfindlichen  
Strafe zu büßen haben. Die Polizeidirektion spricht  
denjenigen, die bei der Festnahme mitgewirkt haben, auch  
öffentlich ihre Anerkennung aus. Die Bewilligung von  
Belohnungen ist beantragt.

## Baden.

Karlsruhe, 8. März. Für das badische Finanz-  
gericht hat die Bad. Landwirtschaftskammer folgende neun  
Herren ernannt: 1. Graf Douglas, Robert, Großgrundbesitzer,  
Schloß Langenstein, Post Eigeltingen; 2. Jäger, Eduard,  
Generalsekretär, Karlsruhe, Eitlingerstr. 37; 3. Häder,  
Robert, Landesökonomierat, Freiburg i. Br.; 4. Höhl,  
Johann, Landwirt, Müllheim; 5. Rader, Josef,  
Beamter der Bad. Landwirtschaftskammer, Abteilungs-  
vorstand, Karlsruhe, Stefaniensstr. 43; 6. Dr. Matthes,  
Wilhelm, Landwirt, Stodach; 7. Dr. Schenk, Beamter  
der Bad. Landwirtschaftskammer, Abteilungsvorstand,  
Karlsruhe, Stefaniensstr. 43; 8. Weishaupt, Johann,  
Bürgermeister, Mehlbach; 9. Forstamtmann Jircher, Bü-  
llingen.

Forzheim, 8. März. Am 30. Juni wird die „Gold-  
stadt-Weche“ eröffnet werden, die zugleich die Gedent-  
feier für den 400. Todestag Reuchlins einleiten soll.  
Es wird damit gerechnet, daß bis zu diesem Tag auch das  
Reuchlin-Museum am Schloßberg fertiggestellt ist. Ge-  
plant ist u. a. eine Möbelschau, ein Blumenfests und  
eine umfangreiche Ausstellung der Forzheimer Spezial-  
industrie.

Mannheim, 8. März. In den letzten Tagen ist die  
neue zweite Fernsprecherverbindungsleitung Mannheim—  
Basel in Betrieb genommen worden. — Ein Hotel- und  
Schneidewindler treibt sich zur Zeit in verschiedenen mit-  
telrheinischen Städten, so in Mannheim, Worms, Mainz  
u. s. w. herum. Der Schneidewindler zahlt mit Schicks auf  
die Dresdener Bank in Köln, die sich als gefälligst heraus-  
haben und nennt sich Bernhard Riewitt aus Köln-  
Löwenich.

Mannheim, 8. März. Dem Bürgerausschuss ist eine  
Vorlage des Stadtrats über die Erstellung von 189 Woh-  
nungen zugegangen, die einen Kostenanwand von 32½  
Millionen Mark erfordern. Von diesen Wohnungsbauten  
sollen 146 Wohnungen an der Schaafweide nach den  
Plänen des Hochbauamts erstellt werden und weitere 43  
Wohnungen in fünf Häusern sollen an der Lange Rötter-  
straße errichtet werden.

Offenburg, 8. März. Eine hier abgehaltene Kon-  
ferenz der Arbeitsgemeinschaft der badischen Kranken-  
kassenverbände, die aus dem ganzen Land von ungefähr  
450 Vertretern der Krankenkassen besucht war, nahm zu  
dem Konflikt zwischen Krankenkassen und Ärzten eine  
Entscheidung an, in der es heißt, daß eine weitere über-  
eilt Entscheidung des Bad. Schiedsamts in der Frage  
der Arztgehonorare die Krankenkassen vor die größten  
finanziellen Schwierigkeiten stellen würde. Das schieds-  
amtliche Verfahren müsse vertagt werden, bis die Kassen  
die Arztgerechnung vom 4. Vierteljahr 1921 erhalten und  
überprüft haben. Es wurde mitgeteilt, daß die Dentisten  
für das 1. Vierteljahr 1922 zu den alten Sätzen weiter-  
arbeiten wollen, während die Zahnärzte dies ablehnen.  
Bezüglich des Landesapothekervertrags wurde ein Vor-  
schlag des Verbandsvorsitzenden Apotheker Dr. Krieg  
angenommen, wonach auf die Gesamtsumme 10 Prozent  
außer dem Kassenskonto gewährt werden. Als Gebühr für  
den Einzug der Invalidentversicherungsbeträge wurde die  
Festsetzung einer Einzelvergütung von 18 Pfg. für die  
Wochenmarke verlangt.

Freiburg, 8. März. Wie wir von zuverlässiger Quelle  
erfahren, hat die Zahl der badischen Bauernvereine, die  
die genossenschaftliche Rechtsform angenommen haben, und  
zum Genossenschaftsverband des Bad. Bauernvereins ge-  
hören, 700 bereits überschritten.

Rom Bodensee, 8. März. Mit dem Nebennitt ist  
im Seegebiet bereits begonnen worden. Durch den trocke-  
nen Sommer des Vorjahres ist das Holz stellenweise  
etwas schwarz. In manchen Stellen sind in diesem Winter  
die Reben ausgehauen und dafür Obstbäume gepflanzt  
worden. Die heutigen hohen Obstpreise veranlassen man-  
chen Winzer sich mehr dem Obstbau zuzuwenden, weil  
der Weinbau viel Arbeit und zu hohe Anslagen ver-  
ursacht.

**Aus der Heimat.**

Wildbad, den 9. März 1922.

Sitzung des Gemeinderats am 24. Februar 1922.

(Schluß.)

**§ 4.**

**Verpflichtung zum Strombezug.**

Der Abnehmer ist verpflichtet, den gesamten von ihm in eigenen Kraftanlagen einschließlich der bestehenden Akkumulatorenbatterie nicht selbst erzeugten Strom vom G. E. T. zu beziehen. Von jedem seinen Anteil am Enzkraftwerk überschreitenden Strombedarf hat der Abnehmer den G. E. T. zu verständigen. Ebenso ist der Abnehmer verpflichtet, von der Annahme größerer Stromabnehmer mit mehr als 30 KW dem G. E. T. Kenntnis zu geben, falls er auf Ergänzungsstrom aus dem Werke des G. E. T. rechnet. Ohne eine ausdrückliche Zustimmung des G. E. T. hat sonst der letztere keine Verpflichtung zur Stromlieferung. Wenn infolge von Ereignissen höherer Gewalt usw. (§ 3) der Strombezug des Abnehmers ganz oder teilweise aufhört, so steht dem G. E. T. das Recht zu, über die freiwerdende Energie nach seinem Gutdünken zu verfügen. Das gleiche Recht gewährt der Abnehmer dem G. E. T., solange er den ihm zustehenden Anteil des Enzkraftwerks unvollkommen ausnützt.

**§ 5.**

**Art der Stromabgabe und Instandhaltung der Anlage des Abnehmers.**

Die Stromabgabe erfolgt an den Sammelschienen des Enzkraftwerks, wo auch die Messung geschieht. Der G. E. T. erstellt und unterhält auf seine Kosten die zwischen Sammelschienen, Zähler und Ausführung aus dem Krafthaus bis zu den Isolatoren und zwar einschließlich dieser notwendigen Leistungsanlagen, während der Abnehmer von den ersten Isolatoren nach der Ausführung an alle für seine Zwecke dienenden Anlagen erstellt und unterhält. Für den Fall, daß der Abnehmer aus den Hochspannungsleitungen des G. E. T. zum Zwecke der Versorgung von Großabnehmern Strom zu entnehmen wünscht, bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten. In allen Fällen hat der Abnehmer dafür zu sorgen, daß störende Rückwirkungen des Betriebs seiner Anlagen oder solcher von Großabnehmern in seinem Gebiete auf diejenigen des G. E. T. nicht auftreten. Hier gehört auch die Verpflichtung des Abnehmers zur Einhaltung eines möglichst günstigen Leistungsfaktors der keinesfalls unter 0,7 werden darf.

**§ 6.**

**Stromentzug.**

Der G. E. T. ist zur Einstellung der Stromlieferung berechtigt, wenn: 1) Der Abnehmer nach wiederholter Mahnung seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachkommt, 2) der Abnehmer seine Anlagen trotz wiederholter Aufforderung nicht so unterhält, daß schädliche Rückwirkungen auf den Betrieb des G. E. T. ausgeschlossen sind, 3) den Beamten des G. E. T. die Nachprüfung der elektrischen Anlage unmöglich gemacht wird, 4) ohne mindestens 4 Wochen vorher erfolgter Anzeige größere Abnehmer angegeschlossen werden oder wenn Strom von dritter Seite bezogen wird.

Während des Austrags von Rechtsstreitigkeiten darf die Stromlieferung nicht eingestellt und die Bezahlung der strittigen Forderungen nicht verweigert werden.

**§ 7.**

**Messung der elektrischen Arbeit.**

Zur Bestimmung der nach § 1 dem Abnehmer aus dem Enzkraftwerk zur Verfügung stehenden Energie wird in der Enz außerhalb des Behrkaus ein selbstschreibendes Pegel angebracht, aus dessen Angaben für jeden Tag unter Berücksichtigung nachstehender Ergänzungen die mittlere Leistung im Wasserkraftwerk bestimmt wird. Für den unterhalb des Pegels einfließenden Kälberbach wird ein Zuschlag entsprechend dem Einzugsgebiet und der Ergiebigkeit von 2% gemacht. Für die Wiesenwässerung kommt ein Abzug nach den Vorschriften der Forstverwaltung in Ansatz. Die Leistung des Kraftwerks wird dann entsprechend den Pegelbeobachtungen in Tabellenform zusammengestellt. Die Stromentnahme des Abnehmers wird im Kraftwerk durch einen Wattstundenzähler und einen selbstschreibenden Wattmeter festgestellt. Die Kosten dieser Einrichtungen gehen zu Lasten des G. E. T. Jeder Vertragsteil hat das Recht, die Nachschau sämtlicher für die Messung dienenden Instrumente zu verlangen. Die Kosten trägt derjenige Teil, zu dessen Gunsten die Instrumente gezeigt haben oder im Falle des Nachweisens der richtigen Anzeige der Antragsteller. Es steht dem Abnehmer das Recht zu, auf seine Kosten den Einbau von Vergleichsinstrumenten zu verlangen. Den Stromberechnungen und Bestimmungen wird dann das Mittel aus der Ableitungen gleichartiger Instrumente zu Grunde gelegt, falls ihre Angaben nicht mehr als 5% vom Stollwert oder vom arithmetischen Mittel abweichen. Zeigt ein Instrument unrichtig oder steht es still, so erfolgt beim Vorhandensein nur eines Instruments über die Dauer der Entfernung desselben die Ermittlung der ausfallenden Angaben nach halbständigen Aufschreiben; beim Vorhandensein zweier Instrumente nach den Aufzeichnungen des verbleibenden. Den Beamten der Vertragsschließenden ist gegenseitig jederzeit der Zutritt zu den Räumen, in denen sich Meßeinrichtungen für Zwecke dieses Vertrags befinden, zu gestatten.

**§ 8.**

**Tarif.**

Die Berechnung der dem Abnehmer aus dem Enzkraftwerk zustehenden Energie (§ 2 Abs. 1) erfolgt zum Selbstkostenpreis. Dieser wird durch Division der gesamten im Enzkraftwerk jährlich erzeugten Kilowattstunden in die jährlichen Gesamtgestehungskosten bestimmt. Diese Gestehungskosten setzen sich zusammen aus: 1) Zins des Anlagekapitals, 2) Tilgung des Anlagekapitals in 50 Jahren, 3) normale Rücklagen in den Erneuerungsfonds nach dem beim G. E. T. üblichen Sägen, 4) außerordentliche Rücklagen in Höhe von 3%, 5) Gehälter und Löhne für Maschinisten und Hilfsarbeiter, 6) Schmier- und Putzmaterial, 7) Unterhaltung der Anlage, 8) Porto und Telegraphengebühren, 9) Schreibmaterialien, für Selbstschreiber und Betriebsberichte, 10) Steuern auf das Enzkraftwerk, 11) Beleuchtung und Heizung, 12) Anteil an allgemeinen Verwaltungskosten in Höhe von 10%. Der G. E. T. ist verpflichtet, über den Bau und Betrieb des Enzkraftwerks

befondere Rechnung zu führen, die alljährlich dem Abnehmer vorzulegen ist.

**§ 9.**

Für die nach § 2 letzter Absatz weiter bezogene elektrische Energie kommt ein Strompreis zur Berechnung, der nicht höher sein darf, als derjenige für sonstige gleichartige Großabnehmer mit Wasserkraftanlage, die nach dem 1. Januar 1919 angeschlossen worden sind. Der G. E. T. behält sich vor, besondere Vorkehrungen zur Bestimmung des zu treffenden und bei Nichteinhaltung eines Wertes von mindestens 0,7 entsprechende Strompreis erhöhungen anzulegen. Dies ist aber nur zulässig, wenn der G. E. T. nachweisen kann, daß er selbst auf sein Netz mindestens mit einem 0,7 arbeitet.

**§ 10.**

**Stromrechnung.**

Der G. E. T. stellt dem Abnehmer monatlich eine Stromrechnung zu, die von diesem innerhalb 14 Tagen nach Empfang zu bezahlen ist. Dies gilt hinsichtlich der elektrischen Energie, die zum Großabnehmerpreis geliefert wird und es sind etwaige Einwände gegen die Rechnung binnen 14 Tagen vom Empfang der Stromrechnung an gerechnet schriftlich dem G. E. T. mitzuteilen. Ein Aufschub der Zahlungsverpflichtung wird hierdurch nicht bewirkt. Für die Wildbad zustehende elektrische Energie vom Enzkraftwerk kann erst nach Ermittlung des Selbstkostenpreises — also nach Abschluß der Jahresrechnung Rechnung erteilt werden und es sind deshalb seitens der Stadtgemeinde Wildbad monatliche Abschlagszahlungen zu leisten, die der gelieferten Strommenge und dem voraussichtlichen Selbstkostenpreis entsprechen.

**§ 11.**

**Vertragszeit.**

Vorstehender Vertrag tritt am Tage der Inbetriebnahme des Enzkraftwerks in Kraft und gilt auf die Dauer der Verleihung der Wassernutzung und etwaiger Verlängerungen. Sollte die Genehmigung für den Bau des Enzkraftwerks nicht erteilt oder der Bau durch höhere Gewalt oder durch Einsprüche, die abzuwenden nicht in der Macht des G. E. T. liegen, unmöglich werden, so steht dem Abnehmer Anspruch auf Schadenersatz nicht zu.

**§ 12.**

**Streitigkeiten.**

Sollten in Bezug auf diesen Vertrag Streitigkeiten irgend welcher Art zwischen den Parteien entstehen, so entscheidet endgültig hierüber ein Schiedsgericht. Jede der beiden Parteien bestellt einen Schiedsrichter, der Obmann soll vom Ministerium des Innern ernannt werden. Vor Anrufung des Schiedsgerichts ist jedoch das Ministerium des Innern zu bitten, die strittigen Punkte im Wege der Verhandlungen zu schlichten.

**§ 13.**

**Schlußbestimmungen.**

Dieser Vertrag wird in doppelter Fertigung ausgestellt, von beiden Vertragsschließenden unterzeichnet und beiden Vertragsschließenden in je einer Fertigung ausgehändigt. Etwaige Kosten der Vertragsfertigung tragen beide Parteien je zur Hälfte.

**Urteil.**

In der Strafsache gegen die Metzgermeister

- 1. Gustav Lambert in Rotfelden,
- 2. Adolf Krauß in Wildbad und
- 3. Karl Krauß in Wildbad

wegen Schleihhandels,

hat das Schöffengericht in Nagold in seiner Sitzung vom 3. November 1921 für Recht erkannt:

Wegen eines Vergehens gegen § 2 der Reichs-Verordnung vom 19. September 1920, unzulässiger Handel mit Vieh, werden verurteilt:

Der Angeklagte Lambert zu der Geldstrafe von 1000 M., der Angeklagte Adolf und Karl Krauß je zu den Geldstrafen von je 1350 M. Im Unvermögensfall tritt für je 15 M. ein Tag Gefängnis ein. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen, die Angeklagten Krauß unter Gesamthaftung für die Auslagen. Das Urteil ist im Gesellschaftlichen Nagold, der Schwarzwälderzeitung „Aus den Tannen“ in Altensteig, dem Wildbader Tagblatt auf Kosten der Schuldigen zu veröffentlichen.

Die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt

Nagold, den 6. März 1922.

Obersekretär Zürn,

Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad**

Am Sonntag, den 12. März, nachm. 2 Uhr findet im Gasth. zur „Sonne“ in Höfen die diesjährige

**Gau-Generalversammlung**

statt. Mit Rücksicht auf die für unseren Verein so wichtige Tagesordnung werden die verehrl. Mitglieder dringend gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Zusammenkunft in der Schalterhalle im Bahnhof. Abfahrt 1.32 Uhr nachmitt.

Der Vorstand.

**Sämtliche Zimmer-, Schreiner-, Glaser- und Wagnermeister**

werden auf heute abend halb 8 Uhr

in das Gasthaus zum „Ratskeller“ zu einer äußerst wichtigen

**Besprechung**

eingeladen.

14

Der Einberufer.

Weltbekannt sind

**Salamander = Stiefel!**

Gute Paßform!

Hohe Eleganz!



Unübertroffen

In Güte!

Alleinverkaufsstelle für Wildbad:

**Hermann Lutz, Wildbad.**

**W. V. W.**

Morgen Freitag  
mittag 5 Uhr  
Ratskeller.

**Mädchen gesucht**

Ordentliches, kräftiges Mädchen per 1. April gesucht. Näheres Villa Neumann, Olgastraße 15. 11

**Fußbodenlackfarbe**

O. Fritze,  
Gebr. Schmit, Med.-Drogerie.



**Regenschirme**

kaufen Sie am besten und billigsten nur beim Fachmann **W. Runge, Pforzheim** Schirmmachermeister, nur Kronenstr. 3 nur Reparaturen sofort.

10-12 Zentner

**Heu**

hat abzugeben. 13 Riefter, Bergfrieden.



Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung trinkt **Hama Kräuter-Tee.** Zu haben in der Stadtapotheke.

Steinholz-Böden Wandplattenbelag fertigt **Gustav Schmid.**

**Liederkrans Wildbad**

Der Liederkrans Wildbad veranstaltet am Sonntag, den 12. März 1922, von abends 8 Uhr ab im Saal zur „Alten Linde“ einen

**Familien-Abend**

verbunden mit gesanglichen und musikalischen Vorträgen, unter Leitung des Chorleiters Herr A. Günth, Pforzheim. Hierzu ladet der Liederkrans seine verehrl. Ehrenaktiven und passiven Mitglieder mit ihren Familienangehörigen freundlichst ein.

Der Vorstand.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.